

A b d r u c k

Niederschrift

über den **öffentlichen** Teil der Sitzung des Kreistages Miltenberg
von Montag, den **20.10.2003**,
im großen Sitzungssaal des Landratsamtes Miltenberg

Beginn der Sitzung: 14:00 Uhr
Ende der Sitzung: 17:30 Uhr

Den Vorsitz führte Herr Landrat Schwing.

Für den in der Zeit von 17:05 Uhr bis 17:30 Uhr stattgefundenen nichtöffentlichen Teil dieser Sitzung wurde eine gesonderte Niederschrift gefertigt.

Anwesend waren:

Kreistagsmitglieder

Frau Gabriele Almritter	anwesend bis 17:00 Uhr
Herr Dietmar Andre	
Frau Marion Becker-Scharrer	anwesend bis 17:00 Uhr
Herr Karlheinz Bein	
Herr Michael Berninger	
Herr Joachim Bieber	anwesend bis 17:00 Uhr
Herr Michael Böhme	
Frau Sonja Dolzer-Lausberger	
Herr Erwin Dotzel	
Frau Ellen Eberth	
Herr Hermann-Josef Eck	
Herr Dr. Hans Jürgen Fahn	
Frau Emma Fichtl	
Herr Bruno Fischer	
Herr Ulrich Frey	
Herr Hans Grimm	anwesend bis 17:00 Uhr
Herr Boris Großkinsky	
Herr Michael Günther	
Herr Erich Hein	
Frau Birgit Hotz	
Herr Dr. Heinz Kaiser	
Frau Claudia Kappes	
Herr Ferdinand Kern	
Frau Marliese Klappenberger-Thiel	
Herr Richard Klug	anwesend bis 16:50 Uhr
Herr Erich Kuhn	
Herr Edwin Lieb	
Herr Dr. Heinz Linduschka	
Herr Joachim Lüft	
Frau Isolde Marsilia	
Herr Thorsten Meyerer	
Frau Waltraud Nutz	
Herr Helmut Oberle	anwesend bis 17:00 Uhr
Herr Günther Oettinger	
Herr Jürgen Reinhard	anwesend bis 17:00 Uhr
Herr Paul Ripperger	
Herr Ludwig Ritter	
Herr Berthold Rüth	

Herr Jens Marco Scherf
 Herr Ludwig Scheurich
 Herr Otto Schmedding
 Frau Monika Schuck
 Herr Kurt Schumacher
 Herr Dr. Ulrich Schüren
 Herr Kurt Schüßler
 Herr Manfred Schüßler
 Herr Hermann Spinnler
 Herr Erich Stappel
 Herr Bernhard Stolz
 Herr Ivo Trützel
 Herr Dr. Rainer Vorberg
 Frau Gabriele Weber
 Herr Roland Weber
 Frau Ruth Weitz

anwesend bis 17:00 Uhr

Entschuldigt fehlten:

Kreistagsmitglieder

Frau Gabriele Manderfeld-Albreit
 Frau Petra Münzel
 Herr Karl Neuser
 Herr Dr. Jörg Vorbeck
 Frau Heidi Wright
 Herr Wolfgang Zöllner

Von der Verwaltung haben teilgenommen:

Herr Karlheinz Betz, Nahverkehrsbeauftragter der Landkreise Aschaffenburg und Miltenberg
 Herr Dietmar Fieger, Oberregierungsrat
 Herr Gerhard Rüth, Verwaltungsamtsrat
 Frau Susanne Seidel, Gleichstellungsbeauftragte
 Herr Kurt Straub, Verwaltungsoberamtsrat
 Herr Rainer Wöber, Verwaltungsoberamtsrat
 Frau Ursula Mottl, Schriftführerin

Tagesordnung:

- 1 Anerkennung der Sitzungsniederschrift vom 21.07.2003
- 2 Bericht der Gleichstellungsbeauftragten
- 3 Wohnungsbaufonds des Landkreises Miltenberg:
 - Sachstandsbericht
 - Limitierung des Darlehenskongingents
- 4 Bericht über die Haushaltsabwicklung 2003
- 5 Sachstandsbericht:
 - Umsetzung Nahverkehrsplan und zusätzliche Verkehrsleistungen im ÖPNV in 2004

Vor Eintritt in die Tagesordnung gratulierte Landrat Schwing

- Kreisrat Dr. Heinz Kaiser zur Wiederwahl in den Bayer. Landtag
- Kreisrat Berthold Rüth zur Wahl in den Bayer. Landtag
- den Kreisräten Erwin Dotzel und Michael Böhm zur Wiederwahl in den Bezirkstag
- Kreisrat Günther Oettinger zur Verleihung der Kommunalen Verdienstmedaille in Bronze
- Kreisrat Paul Ripperger zur Vollendung des 60. Lebensjahres am 30.09.2003

Tagesordnungspunkt 1:

Anerkennung der Sitzungsniederschrift vom 21.07.2003

Gegen die Niederschrift über die Sitzung des Kreistages vom 21.07.2003 wurden innerhalb der 14-tägigen Frist keine Einwendungen erhoben. Sie gilt daher als anerkannt.

Tagesordnungspunkt 2:

Bericht der Gleichstellungsbeauftragten

Frau Seidel, Gleichstellungsbeauftragte, gab folgenden Bericht:

Aufgaben

- **Art. 2 Abs. 3 Gleichstellungsgesetz (GG):**
Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.
- Bayer. Gleichstellungsgesetz (BayGIG):
 - Förderung und Vollzug des BayGIG und des Gleichstellungskonzeptes, Unterstützung der Umsetzung und Förderung durch eigene Initiativen und Maßnahmen,
 - Verbesserung der Situation von Frauen sowie der Vereinbarung von Familie und Beruf,
 - Beratung der Bürgerinnen und Bürger in Gleichstellungsfragen,
 - Beratung der Beschäftigten,
 - Mitwirkung in allen Angelegenheiten des Geschäftsbereiches, die grundsätzliche Bedeutung haben für die
 - Gleichstellung von Frauen und Männern,
 - Vereinbarkeit von Familie und Beruf,
 - Sicherung der Chancengleichheit (Art. 17).
 - Frühzeitige Beteiligung an allen wichtigen gleichstellungsrelevanten Vorhaben: Personalangelegenheiten und organisatorische Maßnahmen (Art. 18),
 - Die Gleichstellungsbeauftragte ist dem Landrat direkt zugeordnet und weisungsfrei (Art. 16).
- **Extern (80 %):**
 - Beratung von Bürgerinnen und Bürgern zu gleichstellungsrelevanten Themen (35 %)
 - Öffentlichkeitsarbeit (30 %)

- Sichtung und Auswertung (wissenschaftlicher) Literatur, Aufgreifen aktueller Themen,
 - Erstellung von Konzepten sowie Planung und Durchführung von Veranstaltungen, Projekten und Publikationen,
 - Zusammenarbeit mit Kooperationspartnern, Beschaffung von Drittmitteln,
 - Kontaktpflege und Verhandlungen mit allen für die Umsetzung der Gleichberechtigung relevanten gesellschaftlichen Gruppen (Frauen- und Wohlfahrtsverbände, Parteien, Gewerkschaften, Arbeitsamt und Kolleginnen (15 %),
- Intern (20 %):**
- Gremienarbeit: Teilnahme an Sitzungen von Kreistag, Kreisausschuß, Jugendhilfeausschuß, Präventionsausschuß, Klausurforum,
 - Abgabe von Stellungnahmen, z.B. bei Errichtung des Frauenhauses Aschaffenburg (Darlegung des Standpunktes schriftlich oder mündlich),
 - Mitarbeit an der Konzeption und Umsetzung der Verwaltungsmodernisierung und am neuen Steuerungsmodell,
 - Anregung und Durchführung von Maßnahmen,
 - Personalangelegenheiten: Sichtung von Stellenausschreibungen, Beteiligung am Auswahlverfahren auf Antrag und am Förder-Assessment-Center,
 - Aufstellung und Überwachung des Gleichstellungskonzeptes
 - Kontaktstelle und Vermittlung bei Problemen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter,
- Beratungsarbeit:**
- 2003: 153 (2002: 189) Beratungen von Bürgerinnen und Bürgern, Institutionen und Gruppen sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern (Gewalt: 45 %, Trennung/Scheidung: 25 %, Kinderbetreuung/Erziehungsprobleme: 9 %, Beruf: 6 %, Psychische Probleme: 6 %, Mobbing: 6 %, Beschwerden: 4 %),
- Öffentlichkeitsarbeit:**
- Mädchen-Woche vom 22.04. bis 25.04.2003
 - Streitschlichterinnen- und Selbstbehauptungstraining, Stichwort: Hochseilgarten „Forest Jump“, Skulpturenbau, Internet, Bewerbungstraining,
 - Abschlußfest „Mädchentag 2003“ in Kleinheubach
 - Girl's Day (Mädchen-Zukunftstag) am 08.05.2003
 - zum zweiten Mal im Landkreis Miltenberg,
 - Berufsverhalten von Mädchen verändern,
 - Aktionsbündnis in der Region 1 Bayer. Untermain
 - über 300 Plätze in der Region 1 Bayer. Untermain
 - bundesweit auf Initiative der Bundesministerien für Bildung und Forschung und für Familie, Senioren, Frauen und Jugend,
 - Internationaler Frauentag am 08.03.2003
 - Salutogenese-Workshop in Amorbach,
 - Tanzworkshop zum Thema „Frauenbilder“,
 - „Alarippu – ein Fest für Frauen“: Indischer Tanz und indische Graumenfreuden im Klostersgarten des Franziskushauses Miltenberg
 - Existenzgründerbörse in der Stadthalle Aschaffenburg,
 - Aschaffener Forum zur gewaltfreien Erziehung am 14./15.11.2003,
 - Tagung der Landesarbeitsgemeinschaft der bayerischen Gleichstellungsbeauftragten in Schweinfurt,
 - Vorträge:
 - „Haushalt ohne Streß – Finanz- und Zeitmanagement im Haushalt“, speziell für Alleinerziehende mit geringem Einkommen,
 - „Zurück in den Beruf – Hilfen für den beruflichen Wiedereinstieg“

- in Miltenberg und Aschaffenburg,
- „Mini- und Midi-Jobs – die neuen gesetzlichen Regelungen“
- Vortrag im BfZ für Sozialhilfeempfängerinnen,

Ausblick

- Ausstellung in der Kochsmühle Obernburg a.Main im März 2004 mit dem Titel „Brustbilder – vom Schönheitsideal zur Realfrau“
 - Wandel des Schönheitsideals,
 - Auseinandersetzung mit dem kranken und gesunden Körper,
 - Vorträge: „Prävention“, „alternative Behandlungsstrategien“, „Stillen“, Lesungen,
- Neuauflage der Broschüre „Frauennetzwerk“,
- Vorträge zu den Themen „Beruflicher Wiedereinstieg, „geringfügige Beschäftigung“, „Renten“,
- Gewaltprävention an Schulen: Streitschlichtung, Selbstbehauptungstraining (auch für Jungen), Ausarbeitung eines tragfähigen Konzeptes.

Landrat Schwing dankte Frau Seidel für den Bericht und die geleistete Arbeit und wies darauf hin, daß dem Bericht entnommen werden könne, welch breites Aufgabengebiet, weit über das Landratsamt Miltenberg hinaus, die Gleichstellungsbeauftragte habe. Erfreulich sei, daß Frau Seidel immer wieder versuche, mit den vorhandenen Ressourcen verantwortlich umzugehen, indem Netzwerke gebildet werden. Dies sei für viele Bereiche der richtige Weg. Bezüglich des neuen Frauenhauses in Aschaffenburg könne gesagt werden, daß dies eine vorbildliche Einrichtung sei, wofür sich die Arbeit und Mühe gelohnt hätten.

Kreisrätin Eberth lobte die Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten und sprach Dankesworte namens der CSU-Fraktion. Sie regte an, den Bereich Ernährungsberatung künftig als wichtige Aufgabe anzusehen.

Den Dank der SPD-Fraktion erstattete Kreisrätin Weitz. Die vielfältigen Aufgaben der Gleichstellungsbeauftragten in der Arbeitszeit von 19,25 Stunden wöchentlich zu bewältigen, sei fast nicht möglich. Kreisrätin Weitz bat, das Frauennetzwerk wieder zu beleben, denn es sei wichtig, alle gesellschaftsrelevanten Gruppen einzubeziehen. An die Adresse des Kreistages und der Landkreisverwaltung regte sie an, die Gleichstellungsstelle mit einem Etat auszustatten.

Kreisrat Trützler sagte, der Bericht der Gleichstellungsbeauftragten habe überzeugt. Die Fraktion Neue Mitte stehe dahinter und danke Frau Seidel für die geleistete Arbeit.

Namens der Mitglieder von Bündnis 90/Die Grünen dankte Kreisrat Scherf für den Bericht und die Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten. Er schlug vor, auch für Jungen einen Tag nach dem Vorbild des Girl`s Day vorzubereiten, denn künftig sollen nicht nur Männerberufe für Mädchen, sondern auch Frauenberufe für Jungen offen sein. Desweiteren unterstützte er das Gewaltkonzept an Schulen und bat um Mitteilung, welcher Handlungsbedarf bezüglich „Familie und Beruf“ bestehe.

Frau Seidel bestätigte, daß Ernährungsberatung wichtig sei und von zwei Ernährungsberaterinnen des Gesundheitsamtes auch schon in Kindergärten und Schulen durchgeführt werde. Zur Bitte, das Frauennetzwerk wieder zu beleben, versprach sie, wieder aktiv zu werden. Den Vorschlag von Kreisrat Scherf, künftig auch Jungen für Frauenberufe zu interessieren, bejahte Frau Seidel. Bezüglich „Familie und Beruf“ bemerkte sie, daß in erster Linie flexible Kindergarten-Öffnungszeiten wichtig seien.

Kreisrätin Klappenberger-Thiel sprach der Gleichstellungsbeauftragten im Namen der Freien

Wähler den Dank für die geleistete Arbeit aus. Da sich die Gleichstellungsbeauftragte der Themen annehme, die in unserer Gesellschaft gern ausgeklammert werden, sei ihre Arbeit von großer Wichtigkeit.

Dankesworte der FDP/UWG überbrachte Kreisrat Dr. Linduschka. Er wies darauf hin, daß Ernährungsstörungen für Schülerinnen der weiterführenden Schulen ein größeres Problem als Gewalt sei. Vielleicht könnte über ein Netzwerk versucht werden, den weiterführenden Schulen hierfür Angebote zu unterbreiten.

Frau Seidel teilte mit, daß für das Jahr 2004 vom Gesundheitsamt eine derartige Veranstaltung geplant sei, mit der auch in die Schulen gegangen werde.

Kreisrat Stappel dankte ebenfalls für den Bericht und die Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten. Unter Hinweis darauf, daß viele Maßnahmen der Gleichstellungsstelle in Verbindung mit dem Arbeitsamt laufen, wodurch die Gleichstellungsstelle be- und das Arbeitsamt entlastet werde, fragte er, was eigentlich noch Aufgabe des Arbeitsamtes sei.

Frau Seidel erklärte dazu, daß sie keine Berufs- oder Ausbildungsberatung durchführe. Bei ihrer Zusammenarbeit mit dem Arbeitsamt gehe es nur um frauenspezifische Punkte.

Die Frage von Kreisrat Hein, ob sich auch Männer von der Gleichstellungsbeauftragten beraten lassen können, beantwortete Frau Seidel wie folgt: Selbstverständlich können auch Männer das Beratungsangebot der Gleichstellungsstelle annehmen. Bisher seien Männern allerdings in der Minderzahl gewesen.

Unter Hinweis auf das große Aufgabengebiet der Gleichstellungsbeauftragten vertrat Kreisrat Fischer die Auffassung, daß sich der Landkreis Miltenberg die Ausgaben hierfür auf Dauer nicht leisten können und deshalb gegengesteuert werden müsse.

Frau Seidel bemerkte dazu, daß es notwendig sei, weiterzuarbeiten und die Kosten im Blick zu behalten.

Landrat Schwing teilte abschließend mit, daß die Landkreise in vielen Bereichen leider immer stärker zu „Reparaturbetrieben“ werden. Allein aufgrund des Kinder- und Jugendhilfegesetzes hätten sich die Ausgaben in einem durchschnittlichen Landkreis verdreifacht. Es stimme, daß dies alles auf Dauer bald nicht mehr finanzierbar sei, sofern sich nichts ändere.

Tagesordnungspunkt 3:

Wohnungsbaufonds des Landkreises Miltenberg:

- Sachstandsbericht
- Limitierung des Darlehenskongingents

- **Sachstandsbericht**

Verwaltungsoberratsrat Straub berichtete, daß der Wohnungsbaufonds des Landkreises Miltenberg vor allem Familien mit drei oder mehr Kindern sowie Familien mit schwerbehinderten Angehörigen diene. Ihnen soll der Wohnungsbau oder -kauf durch ein günstiges Darlehen erleichtert werden. Notwendige Erweiterungen, wie der Anbau von Kinderzimmern werden ebenfalls gefördert.

Der Darlehenshöchstbetrag belaufe sich auf 8.000,00 €. Die Darlehen seien zinslos und hätten eine Laufzeit von 12 Jahren. Der jährlich zu zahlende Verwaltungskostenbeitrag betrage 0,5 %. Die ersten zwei Jahre seien tilgungsfrei. Danach sei das Darlehen mit 10 % jährlich zu tilgen.

Der Wohnungsbaufonds habe es insbesondere kinderreichen Familien in vielen Fällen ermöglicht, Bauvorhaben solide und zu tragbaren Bedingungen zu finanzieren. In den vergangenen 10 Jahren seien 165 Familien in den Genuß der Förderung gelangt, wobei Darlehen von insgesamt 1,070.000,-- € ausgereicht worden seien.

Im Jahr 2003 seien bisher 10 Bewilligungen mit einer Darlehenssumme von 71.000,00 € ausgesprochen worden und zwar:

Sieben Familien mit drei Kindern,
eine Familie mit vier Kindern und
zwei Familien mit schwerbehinderten Angehörigen.

- **Limitierung des Darlehenskongingents**

Verwaltungsoberratsrat Straub teilte weiter mit, daß die Landkreisverwaltung im Rahmen des Projekts „Intelligentes Sparen“ auch den Wohnungsbaufonds im Hinblick auf Einsparungen überprüft habe. In den letzten 10 Jahren seien durchschnittlich 17 Anträge mit einem Darlehenskongingent von 1,070.000,00 € bewilligt worden. Aufgrund der rückläufigen Bautätigkeit sei in den letzten beiden Jahren ein Antragsrückgang (durchschnittlich 86.000,00 €) zu verzeichnen. Der Rückfluß aus den ausgereichten Darlehen habe in den letzten Jahren durchschnittlich 100.000,00 €/Jahr betragen. Um auch beim Wohnungsbaufonds ein Einsparungspotential zu erzielen, werde vorgeschlagen, das Darlehenskongingent auf jährlich 100.000,00 € zu begrenzen.

Kreisrat Andre bemerkte, Ziel bei Errichtung des Wohnungsbaufonds sei es gewesen, Familien mit Kindern zu unterstützen. Das Ergebnis sei beeindruckend. Vielleicht gebe es für weitere Bereiche ähnliche Möglichkeiten.

Kreisrat Lieb lobte diese gute Einrichtung ebenfalls, bat jedoch zu überlegen, ob, um den Kreishaushalt zu entlasten, die Geldgeschäfte nicht z.B. von der Sparkasse geführt werden könnten.

Landrat Schwing sagte dazu, dies sei nicht ohne weiteres möglich, denn für die Sparkasse würde sich sofort die Frage der „verdeckten Gewinnausschüttung“ stellen. Dem Sachstandsbericht habe entnommen werden können, daß es genügend Rückflüsse gebe, so daß der Wohnungsbaufonds ohne Zuführungen auskomme. D.h. der Kreishaushalt werde nicht belastet.

Kreisrat Dr. Schüren bemerkte, daß der Wohnungsbaufonds des Landkreises Miltenberg in gewisser Weise Leitfunktion habe. So sei es z.B. in Elsenfeld seit Jahren Praxis, daß nur diejenigen jungen Familien gefördert werden, die auch den Wohnungsbaufonds des Landkreises Miltenberg in Anspruch nehmen können.

Durch den Kreistag wurde sodann einstimmig folgendes

b e s c h l o s s e n :

Das Darlehenskongingent des Wohnungsbaufonds des Landkreises Miltenberg wird auf jährlich 100.000,00 € begrenzt.

Tagesordnungspunkt 4:

Bericht über die Haushaltsabwicklung 2003

Kreiskämmerer Straub erläuterte den dieser Niederschrift beiliegenden Bericht über die Haushaltsabwicklung 2003 (Stand 10.10.2003).

Landrat Schwing unterrichtete den Kreistag sodann von folgendem Schreiben des Bayer. Landkreistages vom 09.07.2003:

„Die Kommunen können aus ihrer gegenwärtig extrem schlechten Finanzsituation nur befreit werden, wenn unverzüglich das Sofortprogramm zur finanziellen Entlastung der Kommunen umgesetzt wird, das die Bayer. Staatsregierung in den Bundesrat und die CDU/CSU-Bundestagsfraktion in den Deutschen Bundestag eingebracht hat. Ob Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung, Sozial- oder Jugendhilfe, all diese Leistungen sind gesetzlich festgelegt und fordern den Kommunen allein in Bayern rd. 3,9 Mrd € ab. Demgegenüber bricht seit 2001 die Gewerbesteuer ein und die Gewerbesteuerumlage wurde ab 01.01.2001 um insgesamt 25 % erhöht. Die Einkommenssteuerbeteiligung als wichtigste Einnahme der Kommunen stagniert ebenfalls. Der Bayer. Landkreistag hierzu: „Wir begrüßen ausdrücklich das Vorziehen der 3. Stufe der Steuerreform. Man darf aber nicht übersehen, daß dieser Schritt die Kommunen bundesweit mit 3 Mrd € belastet.“

Das Präsidium des Bayer. Landkreistages forderte deshalb in seiner letzten Sitzung eine unverzügliche Umsetzung eines Soforthilfegesetzes durch den Bund, befristet auf zwei bis drei Jahre (keine Dauerlösung). Insbesondere die Senkung der Gewerbesteuerumlage auf ihr früheres Niveau, die Erhöhung des Anteils der Kommunen am Umsatzsteueraufkommen auf 3 % im Jahr 2004 sowie die gesetzliche Begrenzung der Ausgabendynamik bei den Sozialleistungen können unverzüglich umgesetzt werden und die Finanzsituation der Kommunen bereits Anfang 2004 entlasten. Ferner sollte die gewerbesteuerrechtliche Organschaftsregelung gestrichen werden, die es den Unternehmen erlaubt, Gewinne und Verluste von Tochtergesellschaften im In- und Ausland zu verrechnen.“

Bezüglich des Haushalts 2004 sei folgender Fahrplan vorgesehen:

- Gemeinsames Spitzengespräch zum kommunalen Finanzausgleich 2004 Mitte Dezember 2003 bis Mitte Januar 2004.
- Die Steuerschätzung Ende 2003 soll abgewartet werden,
- ebenfalls das Ergebnis der Gemeindefinanzreform auf Bundesebene.
- Davon hänge ab, wie das im Mai 2003 von Ministerpräsident Stoiber im Bayer. Landkreistag angekündigte Hilfspaket für die bayerischen Kommunen aussehen werde.
- Frühestens Mitte Januar 2004 Bekanntgabe der Schlüsselzuweisungen und der Eckdaten des Finanzausgleichs.
- Erst dann sei eine seriöse Aufstellung des Kreishaushalts 2004 möglich (bitte keine Rechenspielchen!).
- Es bleibe genügend Zeit für die Beratungen der Fraktionen (evtl. spätere Beratung).

Haushalt 2004:

Es gebe zwei Systeme, die chronisch unterfinanziert seien: Kommunalfinzen und Krankenhauswesen.

Krankenhauswesen: Aussagen von Experten auf dem Landräte-Seminar letzte Woche: Die Situation ist in allen Industrienationen problematisch, in Deutschland dramatisch. Die Krankenhäuser sind chronisch unterfinanziert. Die Beteiligten im Gesundheitswesen sind nicht verantwortlich für die Misere. Die wirtschaftlichen Probleme sind nicht durch Erschließung wirtschaftlicher Ressourcen oder Qualitätssteigerungen zu lösen. Deutschland hat keine

Versorgungskrise, sondern eine Finanzierungskrise trotz höchster Beiträge aller Zeiten. Kleine Häuser haben enorme Schwierigkeiten. Der Verkauf von Häusern ist besser, als zu warten bis nichts mehr funktioniert. Die privaten Häuser fällen die Entscheidungen, die kommunale Häuser nicht getroffen haben oder nicht treffen wollten. Die kommunalen Träger müssen die Verantwortlichen vor Ort mehr handeln lassen. Es müssen Strukturen auf den Weg gebracht werden, die die Region im Blick haben – Bildung von strategischen Allianzen, zusammen mit großen Häusern über Landkreisgrenzen hinaus.

Der Zeitplan spielt eine herausragende Rolle (Erinnerung an die Debatte um die Strukturreform der Krankenhäuser des Landkreises Miltenberg). Ab 2004 wird es kein kommunales Krankenhaus mit schwarzen Zahlen geben. Situation: Zwei kleine Häuser mit roten Zahlen und weiter enorme Belastungen. Der Präsident des Bayer. Landkreistags, Landrat Zellner: „Die größte finanzielle Belastung der Kommunen.“ Forderung: Nur wenn vernünftige Rahmenbedingungen geschaffen werden, kann es beim Versorgungsauftrag der Kommunen bleiben.

Kreisrat Dr. Schüren appellierte an alle, anlässlich der kommenden Haushaltsberatungen als gewählte Mitglieder des Kreistages, nicht als Vertreter ihrer Gemeinden zu entscheiden, sonst könnte der Amtseid mißbraucht werden. Durch Nichtfreigabe von 20 % der Haushaltsmittel für Lehr- und Unterrichtsmittel werden im Haushaltsjahr 2003 ca. 350.000,00 € eingespart. Dies sei in der derzeitigen Situation möglich gewesen. Es sollte aber - angesichts der prekären Haushaltslage - ernsthaft überlegt werden, ob diese Maßnahme auch auf andere Bereiche ausgedehnt werden könne. Es gebe nämlich Bereiche, in denen weit mehr als 20 % gestrichen werden könnten, z.B. bei den freiwilligen Gastschulbeiträgen. Kreisrat Dr. Schüren betonte, daß die weiterführenden Schulen ihr Notopfer erbracht hätten und im Haushaltsjahr 2004 keine Sperre von 20 % mehr hinnehmen könnten.

Unter Hinweis darauf, daß Landrat Schwing bezüglich der Situation im Krankenhauswesen gesagt habe, alle Beteiligten treffe keine Schuld, fragte Kreisrat Dr. Schüren, wie es zur jetzigen Situation gekommen sei. Seiner Meinung nach gebe es Maßnahmen, an die sich bisher keine Regierung getraut habe, nämlich die Kartelle (z.B. Kassenärztliche Vereinigung, Apotheken) abzuschaffen. Leider habe auch die bisherige Bundesregierung nicht die Kraft dazu bewiesen. Darüber hinaus müsse sich in der Krankenhausstruktur etwas ändern. Er (Kreisrat Dr. Schüren) sei sich mit Landrat Schwing einig darüber, daß bezüglich der Krankenhäuser im Landkreis Miltenberg erst der erste kleine Schritt erfolgt sei. Er habe sich aus tiefster Überzeugung für diese Strukturänderung eingesetzt und wisse, daß noch tiefere Einschnitte folgen müssen.

Landrat Schwing erklärte, daß er mit „Beteiligten“ die Krankenhausträgerseite sowie die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in den Krankenhäusern gemeint habe. Zur 20 %-igen Kürzung des Schuletats könne schon heute gesagt werden, daß künftig noch in weiteren Bereichen gekürzt werden müsse.

Kreisrat Dr. Fahn sagte, es stimme zwar, daß Kreistagsmitglieder in erster Linie auch als solche zu entscheiden hätten. Es müsse aber auch bedacht werden, daß 16 Kreistagsmitglieder Bürgermeister seien, die gleichzeitig die Probleme ihrer Kommunen zu lösen hätten. Vielen Kommunen gehe es finanziell schlechter als dem Landkreis Miltenberg. Es müsse daher verstärkt nach Einsparmöglichkeiten gesucht werden.

Kreisrat Dr. Fahn stellte weiter fest, daß der Einzelplan 4 (Sozial- und Jugendhilfe) seit 10 Jahren ansteige. Es frage sich nur, wie hier gekürzt werden könne, wenn es immer wieder Sachzwänge (z.B. Heimunterbringungen) gebe. Was den Sozialbereich betreffe, sei von den Mitgliedern von Bündnis 90/Die Grünen behauptet worden, die Aufwendungen aufgrund des Grundsicherungsgesetzes werden von der Bundesregierung erstattet. Dies sei jedoch nicht vorstellbar. Der Schulbereich könne nach Auffassung von Kreisrat Dr. Fahn keine Mittelkür-

zungen mehr hinnehmen. Schließlich werden auch im Staatshaushalt die Mittel für Bildung nicht gekürzt. Was die Bezirksumlage betreffe, müsse gefragt werden, warum der Bezirk nicht Möglichkeiten zur Senkung der Umlage entwickle.

Landrat Schwing bemerkte zur Aussage „Heimunterbringungen“, daß der Landkreis Miltenberg hier bayern- und unterfrankenweit an ausgezeichneter Stelle liege. Dies gelte auch für die Jugendhilfeausgaben. Was die Bezirksumlage betreffe, könne nur gehofft werden, daß der Bezirk nicht erhöhen müsse. Dem Bezirk Unterfranken fehlen 64 Mio €, verursacht auch durch Gesetze und Verordnungen.

Kreisrat Oettinger berichtete von der Mitte Oktober 2003 stattgefundenen „Kommunale“ mit rd. 2.300 Besuchern. Dort habe das Thema „Kommunalfinanzen“ absolute Priorität gehabt, denn über 50 % der Kommunen können ihre Haushalte nicht mehr ausgleichen. Im Haushaltsjahr 2004 werde es nicht besser werden. Kreisrat Dr. Schüren müsse die Bürgermeister nicht an ihren Amtseid als Kreistagsmitglieder erinnern. Tatsache sei, daß es den Kommunen im Landkreis Miltenberg finanziell nicht so gut gehe wie dem Landkreis. Und wenn künftig noch mehr gespart werden müsse, werde es der Bauwirtschaft noch schlechter gehen. Kreisrat Oettinger appellierte sodann an alle, bei den kommenden Haushaltsberatungen aufzupassen.

Kreisrat Dotzel stellte große Betroffenheit fest. Daß es der Wirtschaft nicht gut gehe, sei lange Zeit verdrängt worden. Die Folge sei, daß Städte, Märkte und Gemeinden Rückgänge bei der Gewerbe- und Einkommenssteuer hinnehmen müssen. Die Erwartungen an den Bezirk sollten nicht zu hoch gesetzt werden, Einsparungen werden beim Bezirk nicht möglich sein. Bei der Umlagekraft bestehe ein Minus von 8,3 %, so daß 14,4 Mio € (= 2 % zusätzliche Bezirksumlage) fehlen. Erfreulich sei jedoch, daß beim Bezirk mit rd. 2.300 Krankenhausbetten kein Defizit entstanden sei, was von gutem Management zeuge. Selbstverständlich werde der Bezirk mit den vorhandenen Mitteln auch künftig sparsam umgehen. Der Bezirkshaushalt 2004 werde am 16.12.2003 verabschiedet.

Kreisrat Andre erinnerte an die Beschlußfassung über den Kreishaushalt 2003, bei der diejenigen Bürgermeister, die für den Haushalt gestimmt hätten, kritisiert worden seien. Für das, was Landrat Schwing heute bekanntgegeben habe, werde eine Erhöhung der Kreisumlage 2004 um ½ % nicht ausreichen. Kreisrat Andre appellierte sodann an alle Abgeordnete in den verschiedenen Parlamenten, sich dafür einzusetzen, daß die Gemeindefinanzen von unten bis oben in Ordnung gebracht werden. Dazu müßten alle Vorschläge diskutiert und umgesetzt werden.

Kreisrat Dr. Kaiser sagte, Landrat und Kreistag werden bei den Haushaltsberatungen 2004 eine schwierige Aufgabe lösen müssen. Der Appell von Kreisrat Andre könne nur unterstrichen werden. Es müsse versucht werden, auf die Entscheidungen von Land und Bund Einfluß zu nehmen. Leider sei die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe von CDU/CSU abgelehnt worden. Was das Grundsicherungsgesetz (GSiG) betreffe: Einen Tag nach der Diskussion darüber im Kreistag Miltenberg sei in der Presse zu lesen gewesen, daß der Landkreis Main-Spessart sogar profitiere. Nach Meinung von Kreisrat Dr. Kaiser wäre der Sozialhilfeetat des Landkreises Miltenberg auch ohne GSiG gestiegen. Es sei auch völlig richtig, daß, wenn weiter so gespart werde, die Kommunen in eine Abwärtsspirale kommen. Landrat Schwing habe bezüglich der Einnahmesituation gesagt, wenn der Bund nicht handele, müsse das Land etwas tun. Es müsse daher gemeinsam auf die Staatsregierung eingewirkt werden.

Ministerpräsident Dr. Stoiber habe gesagt, die Staatsregierung halte an einem ausgeglichenen Haushalt 2004 fest. Experten seien diesbezüglich jedoch der Meinung, daß daraufhin die wirtschaftliche Situation noch schlechter werde. Zu dem von Kreisrat Dr. Schüren angesprochenen Thema „Kartelle“ habe die Bundesregierung bereits vorgeschlagen, die Kartelle

zurückzuführen, leider habe die Union im Bundesrat dagegen gestimmt. Er (Kreisrat Dr. Kaiser) habe kein Sofortprogramm. Nachdem der Landkreis Miltenberg bezüglich der Umlagekraft in Bayern an 57. Stelle von 71 Landkreisen stehe, müßten die bestehenden Probleme gemeinsam angepackt werden. Dies gelte für alle Ebenen, von den Kommunen bis zum Bund.

Landrat Schwing bemerkte, daß wohl jeder/r den Ernst der Lage erkannt habe. Man könnte streiten, ob der Bund oder das Land zuerst handeln müsse. Ministerpräsident Dr. Stoiber habe bereits im Mai 2003 angekündigt, daß, wenn der Bund kein Programm erarbeite, der Freistaat Bayern ein Sonderprogramm auflegen werde. Er (Landrat Schwing) zweifle nicht daran, daß dieses Versprechen eingelöst werde. Bezüglich der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe müsse richtiggestellt werden, daß dies nur deswegen abgelehnt worden sei, weil die Ansiedelung bei der Bundesanstalt für Arbeit vorgesehen gewesen sei. Das Land Bayern sowie der Bayer. Landkreistag hätten jedoch die Meinung vertreten, daß dies in den Aufgabenbereich der Kommunen gehöre.

Kreisrat Berninger erinnerte daran, daß er von Kreisrat Dr. Schüren als „scharfzahniger Löwe“ bezeichnet und kritisiert worden sei, weil er dem Kreishaushalt 2003 in seiner Eigenschaft als Kreisrat zugestimmt habe. Er habe der Erhöhung der Kreisumlage 2003 um 0,7 % zugestimmt, weil diese Erhöhung knapp bemessen gewesen sei. Zum Erkennen der Realität brauche man bestimmt kein scharfes Löwengebiß.

Kreisrat Stappel bezeichnete die Diskussionsbeiträge als „segensreich“, vertrat dazu jedoch die Meinung, daß alle Sparvorschläge nichts nützen, wenn diese nicht umgesetzt werden können, weil sich die wirtschaftliche Situation nicht ändere. Wenn vom Bund keine Signale kommen und die Bürger und Bürgerinnen kein Geld zum Ausgeben hätten, werde sich die bestehende Situation nicht bessern. Hauptpunkt sei, daß die Wirtschaft wieder ins Rollen komme. Dazu müßten Reformen geschaffen werden, die vor allem den mittelständischen Unternehmen erfolgreiches Arbeiten ermöglichen.

Landrat Schwing dankte abschließend für die konstruktive Diskussion und sprach die Hoffnung aus, daß auch anläßlich der Haushaltsberatungen 2004 in dieser Weise diskutiert werde. Er gab weiter bekannt, daß, sobald die erforderlichen Zahlen vorliegen, die Mitglieder des Kreistages entsprechend informiert werden.

Tagesordnungspunkt 5:

Sachstandsbericht:

Umsetzung Nahverkehrsplan und zusätzliche Verkehrsleistungen im ÖPNV in 2004

Herr Betz, Nahverkehrsbeauftragter für die Landkreise Aschaffenburg und Miltenberg, informierte über folgendes:

Fahrplanmaßnahmen ab 14.12.2003:

- Spätabendverkehre Montag bis Sonntag:
 - Mömlingen – Obernburg – Niedernberg – Aschaffenburg
(an/ab 22.30 Uhr, Freitag zusätzlich 0.30 Uhr)
 - Elsenfeld – Leidersbach – Sulzbach a.Main – Aschaffenburg
(an/ab 22.30 Uhr, Freitag zusätzlich 0.30 Uhr)
 - Miltenberg – Stadtprozelten – Wertheim
(an/ab 23.00 Uhr nur Freitag bis Sonntag)

- Ergänzungen Wochenendverkehr (2 Std.-Takt):
 - Sonntag Linie 60, zusätzliche Fahrten Samstag und Sonntag (Linien 60 und 62)
 - Sonntag Stadtbus für Kleinheubach, Rüdenu und Bürgstadt
- Neuordnung im Raum Amorbach:
 - 1 Std.-Takt Kirchzell – Amorbach zur Bahn
zweistündlich weiter nach Weilbach und Miltenberg
 - 2 Std.-Takt Stadtbus Amorbach (Amorbach-West und Schneeberg)

Nahverkehrsplan Bayer. Untermain (NVP):

- Bestandsaufnahme und Mängelanalyse:
Erschließungsqualität (Anbindung), Bedienungsqualität (Fahrtenanzahl) und Verbindungsqualität (Reisezeiten)
- Organisation:
Strukturen Kundenwirkung, mögliche Erweiterungen
- Planungsvorgaben Busangebot:
Liniennetz, Bedienungshäufigkeiten, Verknüpfungen
- Infrastrukturmaßnahmen:
Bahnhöfe und Umfeld, Haltepunkt, Bushaltestellen und Verknüpfungspunkte

NVP: Mängelanalyse Landkreis Miltenberg:

- Erschließungsqualität:
Gemeinden (mehr als 200 Einwohner) vom ÖPNV vollständig erschlossen, partielle Lücken in größeren Gemeinden (Miltenberg Grauberg und Amorbach-West)
- Bedienungsqualität:
14,7 % der Einwohner in 11 Ortsteilen mit ungenügenden Fahrmöglichkeiten zu den zentralen Orten (Oberzentrum Aschaffenburg und jeweiliges Mittelzentrum)
- Verbindungsqualität:
19 % der Einwohner in 12 Ortsteilen mit ungenügenden Reisezeiten zu den zentralen Orten

NVP: Organisation des Nahverkehrs

- Zusammenschluß aller Busverkehre, gute Basis
 - Optimierung der Linien und Angebote
 - einheitliches, flächenhaft gültiges Tarifsysteem
 - gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit, Marktauftritt
- Integration des Schienenverkehrs anstreben (August 2000)
 - zur Herstellung eines einfachen Tarifs für Pendler
 - freie Nutzbarkeit aller Verkehrsmittel

NVP: Planungsvorgaben Busangebot

- Abgestimmtes, auf die Schiene ausgerichtetes Liniennetz:
Umgesetzt mit zwei Ausnahmen (Linien 61/63 und 66)
- Stündliches Angebot auf den Linien, partiell zweistündlich
Von 6.00 Uhr bis 20.00 Uhr (vielfach überfüllt, auf einzelnen Linien noch knapp unter Vorgabe)
- Rufbusse in nachfrageschwächeren Räumen:
Volkersbrunn, Mainbullau, Miltenberg-Höhenorte, Eichenbühl-Ortsteile und Neunkirchen, ein Bereich noch offen (Amorbach-Ortsteile und Kirchzell)

- Flächendeckendes Wochenendnetz:
Vollständig hergestellt, zusätzliche Räume erschlossen
- Spätabendverkehr als Option:
Nördlicher Landkreisteil Miltenberg und Südspessart ab Dezember 2003

Landrat Schwing bemerkte, daß die Angelegenheit im Kreisausschuß am 13.10.2003 ausführlich behandelt und beschlossen worden sei. Da der Kreistag hierfür nicht zuständig sei, werde er heute nur informiert.

Kreisrat Scherf hielt Werbemaßnahmen für wichtig. Er fragte, ob ab Dezember 2003 eine Verdichtung des Angebotes für die Strecke Miltenberg – Wertheim bestehe und die kostenlose Mitnahme von Fahrrädern in Zügen ermöglicht werde.

Landrat Schwing teilte daraufhin mit, daß Fahrräder in Zügen ab dem Fahrplanwechsel kostenlos mitgenommen werden.

Kreisrat Dotzel dankte für die neu eingesetzten Schienenfahrzeuge. Die Verknüpfung mit dem RMV bezeichnete er als hervorragende Sache. Leider fehle in den Fahrplänen ein diesbezüglicher Textteil, der vielleicht künftig mit aufgenommen werden könnte.

Kreisrat Weber äußerte sich erfreut darüber, daß seine Anregung bezüglich einer Spät-Heimfahrmöglichkeit im Südspessart so schnell umgesetzt worden sei. Er schlug vor, zu prüfen, ob eine Koordination mit dem Stadtbusverkehr Miltenberg möglich sei. Nachdem sich die Bürger und Bürgerinnen aus dem Südspessart stark nach Wertheim orientieren, sollte die Neuerung auch im Raum Wertheim publiziert werden.

Zum Hinweis von Kreisrat Weber, daß es im Raum Südspessart in letzter Zeit Probleme mit dem Schülerverkehr gegeben habe, teilte Herr Betz mit, daß der Ausfall von Zügen ein Koppel-Problem gewesen sei, das bereits behoben sei.

Auf Befragen von Kreisrat Dr. Fahn, ob im neuen Konzept auch die Disco-Busse enthalten seien, entgegnete Herr Betz, daß die Disco-Busse im Auftrag der Gemeinden unterschiedliche Ziele anfahren und deshalb nicht im neuen Fahrplan enthalten sein werden.

Bezüglich des Einsatzes von neuen Schienenfahrzeugen teilte Herr Betz mit, daß bereits 80 % der Leistung mit neuen Zügen gefahren werde. Ziel sei es, künftig nur neue Züge einzusetzen.

Zur Bemerkung von Herrn Betz, daß Marketingmaßnahmen selbstverständlich seien, sagte Landrat Schwing, die vorliegenden Angebote werden mit der Annahme durch die Bevölkerung stehen oder fallen.

gez.

gez.

Schwing
Vorsitzender

Mottl
Protokollführerin

